

Recht subversiv

Aus der Werkstatt eines Anwalts und Menschenrechtlers

Nächte im August, Nächte der Schande

27. August 2015 um 11:39 Uhr

„Kristallnacht im August“ und „Nacht der Schande“ – diese Schlagzeilen meinen nicht die neonazistischen Ausschreitungen vom vergangenen Wochenende in Heidenau in Sachsen, dies waren Überschriften der Rückschau auf die ausländerfeindlichen Pogrome, die am 22. August 1992 in Rostock-Lichtenhagen stattfanden.

Ich rufe eine langjährige Berliner Aktivistin an, die – meine Frage vorausahnend – sagt: „Jetzt willst du wissen, ob sich seitdem etwas verändert hat?“

In der Tat, daran dachte ich. Auch wenn ich nicht vergessen habe, dass 1991, 1992 und 1993 rassistische Massen im Osten wie im Westen Deutschlands Flüchtlings- und Wohnheime attackierten. Auch in Solingen im Ruhrgebiet und in Mölln in Schleswig-Holstein wurden bei Brandanschlägen insgesamt acht Menschen ermordet. Ich vergesse nicht meine Bestürzung über die wenigen Menschen, mit denen ich mich seinerzeit bei einer Solidaritätsdemonstration Unter den Linden in der Hauptstadt des wiedervereinten Deutschlands wiederfand. Nicht vergessen habe ich auch das alltägliche Versagen der Polizei und Justiz nach den Neonazi-Morden an den Magdeburger Elbterrassen und an vielen weiteren Orten in Sachsen-Anhalt und Brandenburg, erst recht nicht die Berichte von Punks, türkischstämmigen Imbissbesitzern und Vietnamesen über den alltäglichen Terror in so vielen Provinzstädten rund um Berlin. Ich erinnere genau die rassistische Debatte in den Landesparlamenten, im Bundestag und in Mainstream-Medien und die darauffolgende faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, des Artikels 16 des Grundgesetzes. Die klägliche Rolle der SPD, deren wichtigste Politiker die Verfolgung durch die Nationalsozialisten überlebt hatten, weil sie im Exil aufgenommen wurden, habe ich noch genau im Gedächtnis. Das war ein Tiefpunkt der politischen Kultur in Nachkriegsdeutschland.

In einer solchen Situation sehe ich uns heute nicht. Zwar ist meine Freundin zu Recht voller Wut auf die sächsischen Polizei- und Innenbehörden, die wie schon Hunderte Male zuvor „die Lage unterschätzt“ haben. Zur Erinnerung: Es geht aktuell unter anderem um die Lage in Heidenau nahe Pirna, wo in den 1990ern die Skinheads „Sächsische Schweiz“ ihr Unwesen trieben, unweit von Chemnitz und Zwickau entfernt, wo der NSU, die rechtsextreme Terrorzelle mit dem großen Unterstützerkreis,

seine Mord-und Sprengstoffanschläge plante. Und wir fragen uns beide, ob wieder einmal Bilder produziert werden sollen: „Das Boot ist voll“-Bilder von überfüllten Unterkünften und campierenden Flüchtlingsfamilien und Rechtsradikalen als Schreckensszenario – um politische Vorstöße vorzubereiten, die Festung Europa weiter auszubauen.

Ja, im ersten Halbjahr 2015 wurden 202 fremdenfeindliche Übergriffe gezählt, fast so viele wie im gesamten vergangenen Jahr. Doch selbst meine skeptische Freundin nennt wichtige Unterschiede zu damals: eine fühlbare Solidarität an vielen Orten des Landes und ein größeres Wissen um die Zustände in den Herkunftsländern der Menschen aus Syrien und Afghanistan. Anders als sie finde ich es wichtig, dass der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel sich ebenso in Heidenau zeigte wie Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich, nun war auch die Bundeskanzlerin da.

Und dann – ich schaue mir gerade die erbärmlichen Videos aus Heidenau an – habe ich eine Freundin aus Paris am Telefon. Sie ist schockiert über die Bilder von Flüchtlingen aus Mazedonien, über die schreckliche Situation in dem großen Bogen von Pakistan bis Mali. Als wir über Deutschland sprechen, meint sie nur, nein, in Frankreich und Großbritannien sei die aktuelle Situation viel schlimmer. Und mir wird klar, wir haben etwas zu tun in diesem Land und in Europa, wir müssen die rechtlichen und menschlichen Standards verteidigen: angefangen von der materiellen und ideellen Hilfe für die, die hier Zuflucht suchen, über eine neue Politik, um menschenwürdige Zustände in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten herzustellen, bis hin zu einer Migrationspolitik, die diesen Namen verdient und sich nicht auf die Abwehr des Fremden beschränkt. Denn wer – wie große Teile der bundesdeutschen Gesellschaft – von der Globalisierung profitiert, steht auch für ihre Probleme in der Verantwortung.

9 Kommentare

funnythat (<http://community.zeit.de/user/253197>)

#1 — vor 2 Jahren

Rechtsradikale Umtriebe und Gewalt sind fuerchterlich. Ich konnte meinen Augen nicht glauben als ich sah, dass die Synagoge in Dresden im Jahr 2015 rund um die Uhr Polizeischutz braucht.

Die Millennium Development Goals der UN haben eine deutliche Verbesserung gebracht, aber es leben immer noch nahezu eine Milliarde Menschen in bitterster Armut; und das sind Menschen wie Du und ich. Die Massenmigration der letzten Jahre wird wahrscheinlich nicht zur Verbesserung der Situation beitragen, weder in den Hekunftslaendern noch in den Ziellaendern. Deutschland kann unmoeiglich alle Menschen, die auf der Welt in bitterster Armut leben aufnehmen und versorgen (es scheint allerdings, als ob Deutschland das einzige Land ist, das bereit

ist Fluechtling aufzunehmen).

Der direkte Anlass fuer die gegenwaertige Migrationswelle ist jedoch haeufig (aber nicht immer) der politische Islam. Im Irak, in Syrien, in Mali, In Nigeria, im Sudan, in Afghanistan, in Pakistan. Finanziell lebt dieser weitgehend Extremismus von Geldern der extrem reichen Golfstaaten (die Regierung foerdert das nicht direkt, aber sie betreibt ein Gesellschaftsmodell, das den Extremismus naehrt). Es waere wuensenswert wenn die Golfstaaten an der Loesung des Problems weitaus staerker beteiligt werden.

Zudem haben natuerlich die Schleuser verstanden, dass Deutschland das Ziel der Wahl ist. Wenn man „kriminelle“ Schleuser bekaempfen will (die, wie Drogendealer einen Service anbieten, der halt sehr gefragt ist), sollte die Bundesregierung einen regelmaessigen Busservice von der Osttuerkei nach Deutschland einrichten, und faehren von Nordafrika nach Italien.

Die Neonazis sind eine bedauerliche Erscheinung, die bekaempft werden muss, aber sie sind im Grossen und Ganzen eine Randerscheinung. Das sollte nicht den Blick auf des zentrale Problem der Fluechtlingsswelle verstellen.

Mirona Thetin

#2 — vor 2 Jahren

Fragen:

1. Konstituiert Hunger und Armut ein Recht auf politisches(!) Asyl?
2. Hat ein Land das Recht, eine ungeordnete Einwanderung zu unterbinden oder hat wer hierherkommt, einen Anspruch auf Aufenthalt und muss eingebürgert werden. ?
3. Gehört es zu den „rechtlichen Standards“, Asylbewerber, dessen Antrag abgelehnt wurde, nicht wieder auszuweisen?
4. Muss man fremde Sitten und Gebräuche lieben oder reicht es, sie zur Kenntnis zu nehmen immer mit der Möglichkeit, sich ihnen entziehen zu können?

These: Europa wird sich weiter abschotten und „dem Fremden“ nicht ungehindert Tür und Tor öffnen.

Persönlicher Standpunkt: Europas erfolgreiche Wirtschaft und Politik sind nicht verantwortlich für das politische Versagen der sog. „Eliten“ in den Dritte-Welt-Ländern. Afrika und Asien habven ihre Probleme selbst zu lösen.

MfG Mirona T.

P.S.

Appell an den Autor: Eine als Monstranz vor sich hergetragene Moral ist ein langfristig untaugliches Mittel, seinen persönlichen Rang in der Gesellschaft zu erhöhen. Moral ist kein Ersatz für professionelles politisches Handeln.

HaegarDerSchreckliche (<http://community.zeit.de/user/566630>)

#3 — vor 2 Jahren

Aha. Und was ist mit den Teilen der „bundesdeutschen Gesellschaft“, die von der Globalisierung in den Dreck getreten worden sind?

Gerade erst auf ZO:

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/armut-armutsgefaehrdung-geringqualifizierte-qualifikation-statistik> (<http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/armut-armutsgefaehrdung-geringqualifizierte-qualifikation-statistik>)

Mit Gerümpfter Nase auf den Pöbel herabzuschauen, darin waren die Herren Anwälte immer-schon besonders gut. Extrapunkte für voll-legale Steuerhinterziehung und FDP-wählen.

Wenn Sie ihre soziale Ader ausleben wollen, könnten sie es mal mit der Bekämpfung der grassierenden Armut in Deutschland versuchen.

soletan (<http://community.zeit.de/user/523178>)

#4 — vor 2 Jahren

„Denn wer – wie große Teile der bundesdeutschen Gesellschaft – von der Globalisierung profitiert, steht auch für ihre Probleme in der Verantwortung.“

Ein optimaler Abschluss, der den Kern trifft und somit am Ende jeden in die Pflicht nimmt, auch die scheinbar mittellosen Hartz-IV-Empfänger, die dennoch das bisschen, was Ihnen bleibt, in die Erträge der Globalisierung stecken ... und seien es nur die Klamotten beim KiK ...

Neidhardt (<http://community.zeit.de/user/151320>)

#5 — vor 2 Jahren

—

Gerne wüßte ich, was in Heidenau genau passiert ist. Konkrete Sachinformationen sind kaum zu finden.

Hafensänger (<http://community.zeit.de/user/249142>)

#6 — vor 2 Jahren

„Die klägliche Rolle der SPD, deren wichtigste Politiker die Verfolgung durch die Nationalsozialisten überlebt hatten, weil sie im Exil aufgenommen wurden, habe ich noch genau im Gedächtnis. Das war ein Tiefpunkt der politischen Kultur in Nachkriegsdeutschland.“

Die Rolle der SPD mag ja kläglich gewesen sein. Der wahre Tiefpunkt der politischen Kultur ist aber etwas anderes gewesen. Das war und ist die Haltung der Unionsparteien, die immer wieder mit fremdenfeindlichen bzw. rechtsradikalen Themen werben. Der Satz oben geht völlig an den Tatsachen vorbei und ist nicht einmal mehr als „kläglich“ zu betrachten. Die Nahrung für den braunen Mob stammt zum guten Teil von den bei der Union gepflegten Ressentiments. Da liegt ein guter Teil des Problems, bei den bürgerlichen Unterstützern der Brandstifter.

weißerhollunder (<http://community.zeit.de/user/598938>)

#7 — vor 2 Jahren

sobald es regnet, hört der Spuk wieder auf, leider regnet es seit 10 Jahren nicht mehr so viel wie früher.

sonne

#8 — vor 2 Jahren

WARUM HILFT

Warum helfen bei der Flüchtlingshilfe eigentlich nicht unsere Kirchen. Die Haben doch genug Geld um Hier in jeder erdenklichen Weise schnell zu helfen. Die wissen doch gar nicht wo hin mit dem Geld,was ja alles Einnahmen auch von den Bürgern ist . Hier kann die Kirche mal zeigen ,wie hilfsbereit sie wirklich ist.

Rainer Balcerowiak

#9 — vor 2 Jahren

@Mirona (2) Die von Ihnen formulierten 4 Fragen führen in die Irre. Zum einen muss zwischen Flucht aus Gründen der existentiellen Bedrohung und Armutsmigration unterschieden werden. Ersteres darf keinesfalls limitiert werden, Letzteres sollte es unbedingt. Es kann ferner nicht darum gehen, „fremde Sitten und Gebräuche zu lieben“ sondern nur darum, sie zu akzeptieren, ohne bestimmte zivilisatorische Standards und emanzipatorische Rechtsnormen in Frage zu stellen.